

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 46

Er erscheint Sonntags.
Zerkaufpreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 6. November 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Gewerkschaften und Politik.

Es gibt Leute, die eine Abneigung gegen jede Betätigung im politischen Kampf haben. Sie können sich nicht zurechtfinden in dem Wirrwarr der Meinungen, in dem Streit um politische Grundzüge und Probleme, und sie halten es mit denen, die da meinen: Solange wir leben, steht die Welt. Das heißt: Man ist wohl mit vielem unzufrieden, was diese unvollkommene Welt bietet, aber man gibt sich einem Fatalismus hin, der im Nichtstun endet. Auch gibt es so grundsätzliche Leute, für die keine Partei da ist, die das Vollkommene ihrer Erkenntnis begriffen hätte. Und so fehlt uns in der Arbeiterschaft jener geschlossene, einheitliche Wille, der Großes zu leisten vermag. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung wird von unseren Gegnern weidlich ausgenützt, denn unsere Uneinigkeit stärkt die Position unserer Feinde.

Wenn es uns gelingt, dieses alte Uebel auszumergen und die Erwerbstätigen aus allen Berufen eine geschlossene Kampffront bilden würden, dann wäre uns geholfen. Diese Einheit ist die Grundlage, auf der die Gewerkschaften aufbauen. Sie wollen die Lebenshaltung des Arbeiters heben, sie wehren sich gegen den Niedergang, sie fassen die Kräfte zusammen, um an Stelle der Willkür das **Mitbestimmungsrecht** zu setzen. Aber das nicht allein. Das Wirtschaftsgetriebe wirft den Arbeiter aus seinem Erwerb. Was ihm als feste Grundlage erschien, bricht zusammen. Hier helfend einzugreifen ist eine Aufgabe von hoher Bedeutung. Sie erzieht zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die stark in den Einrichtungen der Gewerkschaften zur Geltung kommt.

Aber wir bleiben nicht stehen bei der Lösung der Aufgaben, die aus eigener Kraft die Organisation schuf, sondern wir fordern vom Staat, daß er den Arbeiter als den wirtschaftlich Schwächeren schützt gegen die Ausbeutung kapitalistischer Streber, daß er den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht so gestaltet, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Staatsbürger im Wirtschaftsgetriebe anerkannt wird. In der sozialen Fürsorge fordern wir, daß der Staat nicht, wie es heute geschieht, rückwärts revidiert, sondern wie die Not es fordert, hilfreich den Lohn- und Gehaltsempfängern zur Seite steht.

In dieser Verbindung zeigt sich nun, daß wir von den gewerkschaftlichen Aufgaben in die Politik geraten, denn sobald wir bestrebt sind, vom Staat die Erfüllung der hier gestellten Aufgaben zu verlangen, müssen wir auf die politische Vertretung, auf das Parlament, Einfluß gewinnen. Das geschieht vor allem in der Form, daß wir uns der Partei anschließen, die in diesem Sinne wirkt. Es stehen so unendlich

viele Fragen der Politik mit den Interessen der Arbeiterklasse in enger Verbindung. Wie stark berührt uns zum Beispiel das **Wahl- und Versammlungsrecht**, wie werden die Staatsbürgerrechte eingeschränkt durch die Verschärfung der Strafgesetze und des Gerichtsverfahrens, wie hart wird die Arbeiterschaft getroffen durch die **Zollgesetzgebung** und wie ungerecht behandelt in der **Steuergesetzgebung**, wie leidet der Sozialrentner unter den Drosselungen der Sozialversicherung und wie wird die freie Meinungsäußerung heute unterdrückt!

Wo so viel auf dem Spiel steht, da müssen wir uns auch politisch entscheiden, denn mit dem Erlahmen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse sind auch die Gewerkschaften in ihrer Machtstellung bedroht. Eins ist vom andern nicht zu trennen. Wollen wir das verhindern, dann werden wir jener Partei unsere Unterstützung zuteil werden lassen müssen, die von ihrem ersten Auftreten an bis auf den heutigen Tag für die **politische Freiheit und den sozialen Fortschritt** gekämpft hat, die ihre Kräfte nur aus der Arbeiterschaft nahm, wo sie ihre treueste Gefolgschaft fand. Darum erhoffen wir für den heutigen Wahltag einen Ausschüßung der Sozialdemokratischen Partei, der auch unseren Gewerkschaften einen erweiterten Lebensraum geben soll.

Der Verband ist euer Freund!

In jedem Lande wohnen zwei Nationen eng beieinander: **Armut und Reichtum**. Der Reichtum tritt in den Prachtstraßen der Großstädte frech und aufreizend hervor. Die Armut haucht in den proletarischen Wohngegenden, die der Fuß des Fremden selten betritt. Wirtschaftsstatistiker erzählen uns von der Ergiebigkeit der Produktion, von den gewaltigen Vorräten an Lebensmitteln, Rohstoffen und Gebrauchsgegenständen, die sich in Lagerhäusern, Magazinen und Verkaufsgeschäften häufen. Die Welt leidet an **Ueberfluß** und ist nahe daran, an ihm zugrunde zu gehen, daneben werden **Millionen von Familien von der bittersten Not heimgesucht**.

Wer stets satt zu essen hat, in warmen Zimmern sitzen kann und allein in einem Bette schläft, kann sich nicht vorstellen, daß die Hälfte oder ein Drittel des deutschen Volkes, wie dies Dr. Alice Salomon im „Berliner Tageblatt“ Nr. 508 feststellt, „noch nicht ein eigenes Bett, eine eigene Schlafstelle besitzt, keine Wohnung, in der Raum genug ist, um für jeden Bewohner ein Bett unterzubringen.“ Diese Vertreterin einer bürgerlichen Sozialpolitik führt in dem genannten Artikel eine Reihe von Beispielen an, die auf jeden erschütternd wirken müssen. So schreibt ein Berliner Stadtarzt: „Schlechte Wohnverhältnisse werden zu einer Quelle der Seelennot für alle, weil sich hier vor aller Augen und Ohren Umarmungen, Schwangerschaft und Geburt, Monatsphase und Wechseljahre, Not und Tod offen und ungeschminkt abspielen.“ Im Jahresbericht der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankentasse wird mitgeteilt, daß von den 2450 Besuchern der Ehe- und Sexualberatungsstellen 37 Proz. als Untermieter wohnten. Bei 1367 Besucherinnen der Beratungsstelle wurden im ganzen 3300 Fehlgeburten festgestellt.

Das sind nur einige Ausschnitte aus dem sich im stillen abspielenden namenlosen Elend der Gegenwart. In Deutschland gibt es etwa 7 Millionen Arbeitslose, davon ungefähr die Hälfte Familienväter. Durch das gezwungene Zuhausebleiben der Männer treten die sittlichen Verhältnisse und alles, was sich daraus ergibt, in den überfüllten Proletarierwohnungen noch schärfer hervor. Viele Ehen geraten in Gefahr, weil die Eheleute gezwungenermaßen mehr als sonst zusammen sind und die Not der Familie Anlaß zu vielen Streitigkeiten gibt. Wenn je etwas, dann hat die jetzige Wirtschaftskrise die moralischen Kräfte des Volkes angegriffen und Instinkte geweckt, die sonst nicht zum Durchbruch gekommen wären.

Und während sich dieses Drama eines auf seine Kultur pochenden Volkes im stillen abspielt, ziehen Demagogen durch alle Gauen des Landes und reden von der sittlichen Wiedergeburt des Volkes. Der Reichskanzler von Papen gefällt sich darin, die Unternehmer zu umschmeicheln, sie als die Elite der Nation hinzustellen und ihnen zu versprechen, ihre angebliche Not zum Angelpunkt politischen Handelns zu machen. In einer Arbeiterversammlung zu reden, lehnen diese Vertreter einer hauchdünnen Schicht ab. Sie wissen ganz genau, daß sie dort mit Hohngelächter und stürmischen Protestrufen empfangen würden. Braun uniformierte Gestalten klatschen Prinzen, Generälen und sonstigen Konjunkturpolitikern Beifall, weil diese ihnen Zukunftsbilder aus dem Dritten Reich an die Wand malen.

Die Propheten des Dritten Reichs haben noch niemals in ihrem Leben Hunger verspürt oder die Not der Arbeiter persönlich kennengelernt. Sie wohnen in Luxuswohnungen und buhlen um die Gunst der „feinen Leute“. Den Mann im

Arbeitsrod aber, den verachten sie, der gilt für sie nur, wenn sie mit Hilfe seiner Stimme die Gipfel der politischen Macht erklimmen können. Wie man solche Widerwärtigkeiten auch betrachten mag, Frau Salomon hat recht, wenn sie schreibt: „Solange die große Masse der Menschen unzureichend behausst, bekleidet und ernährt ist, solange wirkt der Glaube an die Ueberproduktion verhängnisvoll, solange wird der gesunde Menschenverstand sich nicht dabei beruhigen, solange wird es Menschen geben, die den Mangel an gesellschaftlicher Organisation anlagen.“ Wir fügen hinzu, solange solche Verhältnisse herrschen, werden die Gewerkschaften nicht müde werden, ihren Kampf für die Besserstellung der arbeitenden Klasse mit aller Energie weiterzuführen. Denn schon zu einer Zeit, als noch keine Prinzen und Generale oder Faschistenhäuptlinge ihr soziales Herz entbedt hatten, haben sich die deutschen Gewerkschaften für die Abstellung des schreienden Elends bemüht. Ihre Arbeit war nicht vergeblich und ihre Erfolge brachten ihnen Scharen von Anhängern. Und wenn die harte Not der Zeit heute manche Lücke gerissen hat, dann heißt es mit vervielfältigtem Eifer werbend für unsere Gewerkschaften tätig zu sein. Die Gewerkschaft ist der wahre Freund des Mannes im Arbeitsrod, der Frau im Arbeitskittel und nur ihre Tätigkeit verhinderte seither den absoluten Untergang des arbeitsfreundlichen Menschen. Das Ausmaß der gewerkschaftlichen Arbeit und der gewerkschaftlichen Erfolg sind heute mehr als je abhängig von der Stärke der Verbände. Starke Gewerkschaften sichern die Existenz des schaffenden Menschen. Drum stärkt euren Verband durch zielflare und unermüdlige Werbung neuer Mitglieder.

Erfolgreicher Streit bei Fuchs & Co. in Dresden.

Die Empörung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft gegen die Papen-Notverordnung vom 5. September 1932 durch Arbeitseinstellungen mit meistens gutem Erfolge geltend machte, wirkte sich in der gleichen Weise auch im Kartonnagen-Großbetrieb Fuchs u. Co. in Dresden aus. Die Firma hatte einige größere Aufträge hereinbekommen und war dadurch in der Lage, die in letzter Zeit stark reduzierte Belegschaft fast zu verdoppeln. Das ganze Jahr hindurch war verkürzt gearbeitet worden, trotzdem fand sich jetzt die Stammebelegschaft mit der vierzigstündigen Arbeitszeit ab, damit eine große Anzahl Arbeitsloser untergebracht werden konnte.

Durch Aushang gab jedoch die Firma bekannt, daß sie nach der Notverordnung außerdem die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 50 Proz. kürzen müsse. Dieser Aushang brachte eine gewaltige Aufregung unter die Belegschaft, besonders auch deshalb, weil man gar nicht erst die Entscheidung des Schlichters gegen den Einspruch abwartete. Die Belegschaft ließ durch ihren Betriebsrat die Firma wissen, daß sie nicht gewillt sei, sich ihren Tariflohn kürzen zu lassen. Eine Verständigung war nicht möglich, und so kam es zum Streit, der mit voller Einmütigkeit der Belegschaft einsetzte und auch durchgeführt wurde.

Nach eineinhalbwöchigem Zustand von etwa 180 Personen kam durch zentrale Verhandlungen eine Vereinbarung zustande, nach der alle Streitenden wieder eingestellt wurden und das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gilt. Bis zur Klärung der Rechtslage über die Notverordnung wird der volle Tariflohn unter

Die Lohnsteuer der Kurzarbeiter.

Aus verschiedenen Betrieben wird über Differenzen wegen der Berechnung der Lohnsteuer für Kurzarbeiter berichtet. Nach dem Einkommensteuergesetz ist für die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge maßgebend der Lohnzahlungszeitraum, nicht der Lohnberechnungszeitraum. Ein Kurzarbeiter also, der z. B. nur drei Tage in der Woche arbeiten kann, weil der Betrieb nicht soviel Aufträge hat, um ihn voll zu beschäftigen, hat trotzdem Anspruch auf die ihm sonst zustehende volle Steuerfreiheit.

Diese Vorschrift des § 8 der Durchführungsbestimmungen über den Lohnsteuerabzug vom 5. September 1925 wird von vielen Unternehmern immer wieder vergessen. In diesem Paragraphen sind Kurzarbeit und Krankheit nur als Beispiel erwähnt, daneben gibt es noch andere Fälle, in denen der Arbeiter gleichfalls ohne sein Verschulden für einige Tage des Lohnzahlungszeitraumes keinen Lohn erhält, so bei Aussperrungen, Betriebsstörungen und für mitten in den Lohnzahlungszeitraum fallende Feiertage. In allen diesen und ähnlichen Fällen ist, wenn die Lohnzahlung üblicherweise wöchentlich, d. h. in der Kalenderwoche einmal erfolgt, dem Arbeiter stets der volle steuerfreie Wochenbetrag (einschließlich der Familienermäßigung) gutzuschreiben und nicht etwa der steuerfreie Tagesbetrag, wie es manche Unternehmer immer wieder versuchen. Der steuerfreie Tagesbetrag kommt nur dann in Betracht, wenn die Lohnzahlung normalerweise täglich erfolgt.

Unklarheit herrschte bisher über die Frage, wie die Berücksichtigung der steuerfreien Lohnbeträge zu erfolgen hat, wenn die Betriebseinschränkung in der Weise durchgeführt wird, daß die im Monat mögliche Arbeitszeit auf zwei oder drei Wochen verteilt wird. Die Kurzarbeiter, die jede Woche beschäftigt werden, stehen sich steuerlich günstiger als diejenigen, die jede zweite oder dritte oder vierte Woche aussetzen

müssen, obwohl sie im Monat insgesamt auch nicht mehr Stunden arbeiten als die jede Woche mit Kurzarbeit Beschäftigten.

Während den in jeder Woche beschäftigten Kurzarbeitern der steuerfreie Wochenbetrag viermal im Monat zur Verrechnung kommt, geschieht dies bei den anderen nur zwei- oder höchstens dreimal. Das wirkt sich praktisch wie folgt aus: Ein lediger Arbeiter, der wöchentlich in 24 Stunden 16,80 Mk., in vier Wochen also 67,20 Mk. verdient, hat keine Lohnsteuer zu zahlen, da sein Wochenlohn unter der steuerfreien Grenze von 24 Mk. bleibt. Ist die Arbeitszeit so verteilt, daß zwei Wochen je 48 Stunden gearbeitet wird, in den anderen zwei Wochen die Arbeit aber ganz ruht, dann verdient der Arbeiter wöchentlich 33,60 Mk., wovon er einschließlich des Ledigenzuschlags 1 Mk. Lohnsteuer zu zahlen hat; im Monat sind das 2 Mk. Während der eine Arbeiter also steuerfrei ist, muß der andere 2 Mk. zahlen, obwohl beide genau das gleiche Einkommen haben.

Zur Beseitigung dieses Unrechts hat der Vorstand des DGB. beim Reichsfinanzministerium entsprechende Schritte unternommen. Die Regierung erkennt die Berechtigung der Beschwerde an. Um eine gesetzliche Regelung dieser Fälle hofft sie dadurch heranzukommen, daß die Unternehmer von sich aus für Abhilfe sorgen. Die Unternehmer sollen auch bei wöchentlich unterbrochener Kurzarbeit den wöchentlichen Lohnzahlungszeitraum beibehalten und ihn dort, wo er nicht mehr besteht, wieder einführen. Das heißt, es soll auch in solchen Betrieben, in denen die im Monat mögliche Arbeitszeit anstatt gleichmäßig auf alle vier Wochen, auf drei oder gar nur auf zwei Wochen verteilt ist, die Lohnzahlungen trotzdem auf vier Wochen verteilt werden, um dadurch alle Arbeiter jede Woche in den Genuß des vollen ihnen zustehenden steuerfreien Betrages zu bringen. W. R.

Vorbehalt ausgezahlt. Die Belegschaft ist sich bewußt, was sie zu tun hat, wenn etwa erneut die Unterschreitung ihres Tariflohnes vorgenommen werden sollte.

Die Streitenden haben sich bis zur letzten Stunde in anerkannter Weise tapfer gehalten, es war aus ihren Reihen kein Abtrünniger zu verzeichnen. Von den 80 zuletzt eingestellten Streitenden waren die meisten monatelang, eine Anzahl davon sogar schon Jahre arbeitslos, sie hatten eine wirklich bittere und elende Zeit hinter sich. Dessenungeachtet hielten sie aus, und gerade von diesen Streitenden wurden große Bedenken vor der Abstimmung laut, daß die Streikbrecher, soweit sie sich zur Arbeit eignen, im Betrieb bleiben sollten.

Eine Verhandlung der Betriebsvertretung und des Verbandsvertreters mit der Betriebsleitung führte zu einer Klärung auch dieser Streitfrage. Die Streitenden beschloßen dann in geheimer Abstimmung mit erdrückender Mehrheit, die Arbeit wieder aufzunehmen mit dem für unsere Organisation erfreulichen Ergebnis, daß die Belegschaft nunmehr fast restlos ihren Beitritt zum Verbands erklärt. Auch das war ein Erfolg!

Wie nun aber in all solchen Bewegungen in letzter Zeit, so versuchten auch hier die Grüppchen der KPD., die sogenannte KPD., die Mf., der Erwerbslosenaussschuß und anderes Kleingetier revolutionärer Couleur sich der Bewegung mit ihrer Fuchschlaueit anzunehmen

und am liebsten die ganze Sache zur ihrigen zu machen. Vor jeder Streitversammlung kam eine andere Abordnung, von deren Existenz in der Öffentlichkeit kein Mensch eine blasse Ahnung hatte. All dies unheimliche Gewirr wollte im vollen Ernst Sitz und Stimme im Streikkomitee oder in der Versammlung haben. Vergebens, denn die Führung lag von Anfang bis Ende einzig und allein in den Händen von gewerkschaftlich geschulten Kolleginnen und Kollegen, die einmütig solchen Versuchen Widerstand leisteten. Auch die immer vollzählig besuchten Streitversammlungen verwehrt den falschen Freunden ganz energisch die sonst bei uns übliche Gassfreundschaft. In den ersten Tagen des Streiks lungerten ganze Kolonnen um unser Streiklokal sowie auch um die Streikposten herum. Die Heße gegen den verhassten „Bonzen“, den „sozialfaschistischen“ Betriebsrat, und gegen das Streikkomitee war direkt organisiert. Der Kampf gilt für diese Sonderlinge ja nicht etwa den Unternehmern, die von der Papen-Notverordnung Gebrauch machen. O nein, ihre „Arbeit“ ist Zersehungsarbeit innerhalb der kämpfenden Arbeiterschaft, das ist das „hohe Ziel“ dieser bedauernswerten Rindsköpfe! Unsere streitenden Kolleginnen und Kollegen haben aber in diesem Kampfe erkannt, daß ein Streit auch zum Siege führen muß, wenn er mit Planmäßigkeit geführt wird.

Kolleginnen und Kollegen, lernt daraus und stärkt und stützt eure Berufsorganisation, den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter!

Jugendarbeit ist notwendig!

Um die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist viel weniger gestritten worden, als um die Gründung besonderer gewerkschaftlicher Jugendgruppen. Noch vor einem Jahrzehnt konnte man der Meinung begnügen, gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse auch ohne Errichtung besonderer gewerkschaftlicher Jugendabteilungen geleistet und fruchtbar gestaltet werden können. Diese Auffassung war nicht zutreffend, weil man überjah, daß die bis dahin erkennbare Distanzierung der Älteren von den Jüngeren zum Nutzen gedeihlicher Zukunftsarbeit ohne Gruppe nicht zu überbrücken war.

Die Gewerkschaften haben sich nicht lediglich mit Gegenwartsarbeit zu begnügen, vielmehr muß in weit stärkerem Maße ihr Blick in die Zukunft gerichtet sein. Diese Erkenntnis zieht zwangsläufig die andere nach sich, daß Zukunftsarbeit mit Aussicht auf Erfolg nur dann verrichtet werden kann, wenn man die zukünftigen Träger gewerkschaftlichen Strebens frühzeitig mit den Methoden gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vertraut macht und die Jüngeren in enger Verbindung mit den Älteren aktiv an gewerkschaftlichem Zielstreben teilnehmen läßt. Das ist in unserem Zeitalter unmöglich ohne gewerkschaftliche Jugendgruppen, so daß man um die Erfolge bangen mußte.

Heute ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit Allgemeinut. Heute stehen die gewerkschaftlichen Jugendgruppen wie selbstverständlich neben denen der Älteren und wie die Entwicklung lehrt, nicht zum Nachteil der Gewerkschaften, wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Heute findet die schulenklassene Jugend vom frühesten Zeitpunkt an Raum und Betätigungsfeld innerhalb der Organisation, deren Träger sie zukünftig werden soll. Damit ist von vornherein

eine Bindung an die gewerkschaftliche Organisation geschaffen, deren Vorteile für Bestand und Fortentwicklung der Gewerkschaften außer Frage stehen. Und eben weil die Bindung an die gewerkschaftliche Organisation so zeitig wie möglich erfolgen muß, bleibt es vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, Jugendgruppen zu schaffen dort, wo sie noch nicht bestehen, aber notwendig und möglich sind und die bereits bestehenden auszugestalten sowie die gewerkschaftliche Jugendarbeit in jeder Weise fortzuentwickeln.

Die Jugendarbeit der Gewerkschaft hat sich darauf zu erstrecken, zunächst in der Jugend den Sinn für gewerkschaftliche Organisation und Organisationsarbeit zu wecken. Sie ist folgerichtig fortzuführen, indem man den Jugendlichen Wert und Erfolge gewerkschaftlichen Wirkens aufzeigt und sie nach und nach selbst zu aktiver Gewerkschaftsarbeit heranzieht. Obwohl der beruflichen Schulung und fachlichen Qualifizierung hoher Wert beizumessen ist, darf doch die gewerkschaftliche Erziehung nicht zu kurz kommen. Der Pflege und Fortentwicklung des Allgemeinwissens der Jugendlichen hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit ebenso zu dienen, wie der körperlichen Entwicklung, die durch Spiele, Wanderungen und Körperkultur zu fördern ist.

Aber ein weiterer, nicht zu unterschätzender Umstand ist für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit von größter Beachtlichkeit: Durch sachliche systematisch aufbauende Arbeit die Jugend vom Weg der Phrase auf den der Tatsächlichkeiten zu lenken. Allein diese Aufgabe begründet hinreichend den Wert der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der um so größer wird, je intensiver und sorgfältiger die Gewerkschaft auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Jugendarbeit tätig ist.

Nach Ansicht des Gerichts sei der Streit als beendet anzusehen.

Da es nun aber der Firma Ente in der Zwischenzeit gelungen war, eine nicht unerhebliche Zahl von Ersatzkräften zu finden, und da ja nun auch das zuständige Arbeitsamt an der Tatsache nicht vorbeigehen konnte, daß das Gericht den Streit für beendet ansah, hat sich das Personal dazu entschlossen, die Bewegung abzubrechen. Noch größere Opfer als bisher zu bringen, ist den Beteiligten nicht ratfam erschienen.

INTERNATIONALES

Zwei Jubilare in der Buchbinder-Internationale.

Am 11. April 1907 brachte das „Graphische Wochenblatt“ des holländischen Verbandes eine Erklärung des Kollegen van der Wal, daß er die Redaktion des im 2. Jahrgang erscheinenden Verbandsorgans niederlegen müsse, da die damit verbundene Arbeit nicht mehr nebenberuflich erledigt werden könne. Die holländische Mitgliedschaft hatte volles Verständnis dafür und brief den heutigen Jubilar als besoldeten Redakteur des Verbandsorgans. Er hat dieses Amt am 21. Oktober 1907 angetreten und seitdem ununterbrochen verwaltet. Sein Jubiläum beweist besser als Worte dies zu tun vermöchten, daß damals der rechte Mann an den rechten Platz gestellt worden ist.

Auch auf internationalem Gebiete hat sich der Jubilar in hervorragendem Maße betätigt. 1919 wurde er in den engeren Vorstand des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats berufen, und seine enge Verbundenheit mit unserem Berufe ergibt sich daraus, daß in Holland die Buchbinder und die Buchdrucker in einem Verbandsorganisiert sind. Kollege van der Wal war uns auf mehreren unserer Verbandstage ein lieber Gast und an fast allen internationalen Kongressen der Buchbinderverbände nahm er als Vertreter des holländischen Verbandes teil. Unseren herzlichsten Glückwunsch zu seinem Ehrentage.

Am 2. November vollendete Kollege Klubal, Brünn, seine vierzigjährige ununterbrochene Tätigkeit im Dienste der Brüner Kollegenschaft. Kollege Klubal hat sich schon in jungen Jahren der Arbeiterbewegung angeschlossen und durch fleißiges Studium der damals noch spärlichen Arbeiterliteratur die Fähigkeit für eine führende Position im ehemaligen österreichischen, später im tschechischen Verband erworben. In der Nachkriegszeit errichtete der tschechische Verband in Brünn ein besonderes Sekretariat, das die Verbandsangelegenheiten in der Südostecke der Tschechoslowakei zu erledigen hat. Kollege Klubal wurde Leiter dieses Sekretariats, er war zugleich auch im Nebenamt Redakteur der in deutscher Sprache erscheinenden „Buchbinder-Rundschau“ des tschechischen Verbandes. Vor einigen Monaten wurde dieses Sekretariat aufgehoben. In der Vorkriegszeit verdankte der österreichische Verband dem Kollegen Klubal die gute Entwicklung der Brüner Zahlstelle, der tschechische Verband das gleiche für die Nachkriegszeit. Auch wir wünschen dem Kollegen Klubal auf seinem weiteren Lebensweg das denkbar Beste.

Der Verband der graphischen Arbeiter in Jugoslawien.

Es wäre falsch, aus der Tatsache, daß Jugoslawien auf dem Internationalen Kongreß in Wien nicht vertreten war, schließen zu wollen, daß dieser Staat zu den Ländern gehört, in denen von einer nennenswerten gewerkschaftlichen Bewegung nicht die Rede sein kann. In den jugoslawischen Städten sind straffe Organisationen vorhanden, in der Hauptsache in den von Oesterreich-Ungarn annektierten Landesteilen, in denen noch heute viele ehemals reichsdeutsche und österreichische Kollegen tätig sind. Dem Verband gehören nahezu tausend Buchbinder an. Auch auf diese bezieht sich die Bestimmung des Tarifvertrages, daß die Unternehmer nur Mitglieder des Verbandes beschäftigen und diese ihrerseits

Notverordnungs-konflikt bei der Firma Otto Ente in Kottbus.

Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslegenheit vom 5. September 1932 war der Anlaß zu einem schweren Arbeitskonflikt bei der Firma Otto Ente in Kottbus. Die Firma hatte in der dritten Septemberwoche die Notverordnung zur Anwendung gebracht und dem gesamten Buchdruck- sowie Buchbindereipersonal für die 31. bis 40. Arbeitsstunde den Tariflohn um 20 Proz. gekürzt. In Verfolg dessen traten am 24. September über 30 Personen des Buchdruckpersonals und 60 Personen der Buchbindereipersonals in einen Streit, was zur Folge hatte, daß die Firma sofort erklärte, von der Lohnkürzung keinen Gebrauch machen zu wollen, sofern sie nicht in der Zukunft durch etwaige Beschlüsse ihrer Organisationen dazu veranlaßt werden sollte.

Das Personal glaubte sich mit dieser Erklärung der Firmenleitung nicht abfinden zu können und forderte unterschriftliche Verpflichtung der Firma, daß sie überhaupt auf die Durchführung der Verordnung Verzicht leiste. Weil man sich nun darüber nicht zu einigen vermochte, auch darüber hinaus noch andere Streitpunkte hinzukamen, wurde der Streit fortgesetzt, und da sich in Anbetracht der heutigen Notzeit sehr bald ein Teil Ersatzkräfte fand, der Streikabbruch nun auch an der Frage der restlosen Wiedereinstellung scheiterte, wurde durch den „Api“ eine besondere Aktion gegen unseren Vorstand eingeleitet.

Unter dem 10. Oktober erwirkte der Api durch das Berliner Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung — das ist jetzt die große Mode — gegen unseren Verband folgenden Inhaltes:

„Dem Antragsgegner wird jede direkte oder indirekte tatsächliche, moralische oder finanzielle Unterstützung der in Streit getretenen Arbeitnehmer der Firma Otto Ente, Kottbus, verboten.“

Dem Antragsgegner wird aufgegeben, es zu unterlassen, den Streit weiter zu organisieren und durchzuführen.

Dem Antragsgegner wird aufgegeben, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der Firma Otto Ente, Kottbus, der tarifliche Zustand durch Auforderung der Mitglieder zur Arbeit wieder herbeigeführt wird. Dies alles bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung.“

Der Vorstand unseres Verbandes erhob dagegen selbstverständlich Einspruch, und zwar mit Erfolg. Nach zweimaliger Verhandlung vor dem Arbeitsgericht wurde am 25. Oktober die einstweilige Verfügung aufgehoben und die Kosten dem Antragsteller auferlegt.

In der Begründung der Aufhebung wurde betont, daß eine tarifwidrige Handlung des Antragsgegners, also des Verbandes, nicht festgestellt sei, daß die „Einstweilige Verfügung“ nach den aus den Verhandlungen sich ergebenden Umständen heute nicht mehr erlassen würde, und daher mit sofortiger Wirkung aufgehoben werde.

nur in solchen Betrieben Stellung annehmen dürfen, die der Unternehmerorganisation angehören. — Die Verbandsbeiträge belaufen sich auf etwa zwölf Prozent des Lohnes. Die Leistungen des Verbandes sind entsprechend hoch im Falle von Arbeitslosigkeit, Streik, Krankheit und Invalidität. In Sterbefällen erhalten die Hinterbliebenen außer einer Witwenrente auch noch eine Erziehungsbeihilfe für die Kinder bis zum 14. Lebensjahre. Infolge hoher Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind jetzt die Aufwendungen für Bildungszwecke gekürzt worden dadurch, daß das Verbandsorgan nur noch vierteljährlich erscheint, während es seither alle zwei Monate herausgebracht wurde.

Berichte.

Breslau. In unserer am 25. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung, die einen annehmbaren Besuch aufwies, sprach Landtagsabgeordneter Winzer über „Reichstagswahl — Papen-Regierung“. Der Vortragende fand für seine interessanten Ausführungen reichen Beifall. Anschließend erstattete Kollege Bruns den Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal. Kollege Bruns ließ seine Ausführungen ausklingen in die Mahnung an alle Mitglieder, rege für unseren Verband unter den Unorganisierten zu werden. Weiter wurde das Verhandlungsergebnis betr. Buchdruckereibuchbinder besprochen und auf die Härten der Notverordnung und deren Auswirkungen aufmerksam gemacht. Wenn auch schon Verhandlungen mit verschiedenen Firmen stattgefunden haben, die zum Teil Erfolg hatten, so steht doch noch ein anderer Teil vor Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht.

Crimmitschau. In unserer letzten Monatsversammlung sprach Kollege Liebig-Blauen über „Der Kampf gegen den Lohnraub“. Redner schilderte einleitend die Empörung, die die Arbeiterschaft erfährt hat, als in den einzelnen Orten der in der letzten Papen-Notverordnung vorgesehene Lohnabbau in die Tat umgesetzt werden sollte. Nicht nur diese Versuche sind es, die ihren Widerstand so stark anschwellen ließ, sondern auch die in der Arbeiterschaft sich immer mehr durchsetzende Erkenntnis, daß mit Lohnabbau nie und nimmer die Wirtschaft angefeuert werden kann. Kollege Liebig unterzog die Maßnahmen der Regierung auch auf handelspolitischem Gebiet einer scharfen Kritik und zeigte dann an Hand statistischer Unterlagen, welchen Umfang die steuerliche Belastung des Haushaltsbedarfs durch Zölle, Verbrauchssteuern und Umsatzsteuer heute bereits angenommen hat. An verschiedenen Beispielen zeigte er die Auswirkungen der Notverordnungen vom 4. und 5. September und streifte dann noch kurz die Ergebnisse unserer letzten Lohnverhandlungen. Diese haben am besten gezeigt, daß unsere Berufsorganisation auch in der Krise zu kämpfen und die Belange der Kollegenschaft wahrzunehmen versteht. Das ist für uns alle ein neuer Ansporn, aufklärend unter den uns noch Fernstehenden zu wirken und selbst fest und treu zur Organisation zu stehen.

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, zumal die hiesige Kollegenschaft selbst in einem Lohnkampf steht. Der uns zugemutete Lohnabbau um 15 Proz. wurde als untragbar zurückgewiesen. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch lange beisammen, um unserem Referenten auch in seiner vogtländischen Mundart zu lauschen.

Dresden. Die Ortsverwaltung sah sich im vorigen Quartal mehrfach veranlaßt, mit den Funktionären über die wirtschaftspolitischen Ereignisse und Maßnahmen der Papen-Regierung zu diskutieren und sie von den Ergebnissen der Tarifverhandlungen in Kenntnis zu setzen. Die Behandlung der Papen-Notverordnung und ihre Auswirkungen erzeugten eine rege Aussprache, an der sich auch Kolleginnen mit berechtigter Entrüstung beteiligten und zur Abwehr aufforderten. Die Dresdener Funktionäre sind nicht willens, ihre Löhne noch weiter herabzurücken zu lassen. Jeder Versuch, die Tarife nach dem Papen-Muster zu durchlöchern, wird mit allen Mitteln der Abwehr beantwortet werden. Dabei können rechtswidrige einstweilige Verfügungen, die statutarische Bestimmungen materieller Art außer Kraft setzen, auf die Beschlüsse nicht den geringsten Einfluß ausüben.

Auch in der am 18. Oktober stattgefundenen Quartalsgeneralversammlung, in der Genosse Hennig in einem großangelegten Referat die Taten der Papen-Regierung mit ihren wirtschaftspolitischen Widersprüchen aufzeichnete, war der feste Wille zur Abwehr erkennbar. Geradezu beschämend ist es für die politischen Tölpelstücke von Kommunisten und deren Anhänger, wenn sie die gewaltigen sozialpolitischen

Volk der Arbeit aufgewacht Und erkenne deine Macht!

Leistungen vernehmen müssen, die durch den Einfluß der Sozialdemokraten in den zurückliegenden Jahren erzielt worden sind. Nicht allein die reaktionäre Einstellung der verschichteten, zum Proletariat gestempelten Bevölkerung ist an den gegenwärtigen Verhältnissen schuld. Ohne Thälmann kein Hitler und ohne Hitler kein Papen. Auch noch so protestierende Zwischengänge ändern an solchen Feststellungen nicht das geringste, im Gegenteil, sie zwingen den Redner, auf die beschämenden Experimente der SPD. hinzuweisen. Es gilt jetzt nicht nur, die Demokratie wieder herzustellen, sondern auch den geschmähten Wohlfahrtsstaat neu aufzubauen. — Einmütig war die Versammlung der Meinung, von einer Debatte abzusehen.

Ueber „Was haben uns die letzten Tarifabschlüsse gebracht?“ referierte Kollege Scheibe. Anschließend gab er der Versammlung die Gründe bekannt, die bei Fuchs u. Co. zum Streit führten. Ein der Versammlung zur Kenntnis gebrachtes Schreiben vom Arbeitgeberverband, das mit einer einstweiligen Verfügung drohte und vor Auszahlung von Streikunterstützung warnte, hatte die Wirkung, daß die vorjüngliche Ausgabe von Sammellisten durch die Streikleitung zur Unterstützung der Streitenden gutgeheißen wurde. In der Aussprache wurde zum schnellen Umlauf der Sammellisten aufgefordert. Da sich aus dem gedruckten vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht keine Anfrage ergab, konnte die Versammlung mit dem allgemeinen Freiheitsruf geschlossen werden.

Hamburg-Altona. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Oktober berichtete Kollege Braasch über die stattgefundenen Manteltarifverhandlungen für die Kartonnagenindustrie. Kollege Braasch schilderte die Bemühungen der Unternehmer, die sozialen Bestimmungen des Tarifs zu beseitigen und die Löhne beträchtlich abzubauen. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Abbau der Zulage für die Maschinenarbeiterinnen und von der Herabsetzung der Frauenlöhne. Für die Kartonnagenarbeiterinnen ist es höchste Zeit, zu erkennen, wohin der Weg führt, wenn ein wesentlicher Teil der Berufsangehörigen teilnahmslos absteht. Diesen Kollegen und Kolleginnen muß immer wieder gesagt werden, daß sie nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß vor Verelendung bewahrt werden. — Im Anschluß teilte Kollege Braasch mit, daß auf Grund jahrelanger Gepflogenheit das mit den hiesigen Buchdruckereibesitzern getroffene Abkommen erneuert wurde, nach dem die Buchbindereiarbeiterinnen die

gleichen Löhne erhalten wie die Anlegerinnen. Nachdem jedoch jetzt die graphischen Hilfsarbeiterinnen den durch Schiedspruch diktierten Lohnraub hinnehmen mußten, gilt es auch für uns, zu gegebener Zeit vorzutreten, um das jetzt Verlorene wieder zurückzugewinnen.

Nach einem Vortrag des Kollegen Thierbach wurde beschlossen, das Ortsstatut dahin abzuändern, daß Frauen, deren Männer volle Beschäftigung haben, nicht berechtigt sein sollen, die Lokalunterstützung für Ausgesteuerte in Anspruch zu nehmen. Nach kurzer Begründung durch den Kollegen Thierbach, auch in diesem Jahre unseren langfristigen Erwerbslosen eine Weihnachtunterstützung zu gewähren, wurde einstimmig beschlossen, zu diesem Zweck Sammellisten auszugeben. Den noch in Beschäftigung stehenden Kollegen und Kolleginnen wird damit Gelegenheit gegeben, unseren Erwerbslosen, die trotz großer Notlage ein leuchtendes Beispiel gewerkschaftlicher Treue und Solidarität gegeben haben, das Weihnachtsfest leichter ertragbar zu machen. Durch den einstimmig und ohne Debatte gefaßten Beschluß wird es jedem zur Pflicht gemacht, auf den herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen, soweit es seine wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen. — Zum Schluß der gut besuchten Versammlung brachte Kollege Braasch zur Kenntnis, daß alle auf Grund der letzten Notverordnung beschäftigten Lohnkürzungsverfuche der Unternehmer abgewehrt werden konnten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1932 gingen bis zum 1. November bei der Verbandskasse ein von: Bielefeld 1200,— Mt., Braunschweig — Mt., Hannover 2050,— Mt., Minden 200,— Mt. = Frankfurt a. M. - Offenbach 2200,— Mt., Ludwigshafen — Mt., Mainz — Mt., Mannheim — Mt., Saarbrücken 423,45 Mt. — Gau Thüringen — Mt., Jena 125,— Mt., Mühlhausen 253,— Mt., Nordhausen 125,— Mt., Ruhla — Mt. = Grimma 945,10 Mt., Mercha 385,— Mt., Reichenbach 452,35 Mt., Seiffenhersdorf — Mt., Zittau — Mt. = Karlsruhe — Mt., Konstanz — Mt.

Nach nicht eingegangenen sind die Abrechnungen von den Jahrestellen in: Gau Nordosten, Königsberg, Köslin, Stettin, Stolp, Brandenburg, Lützenwalde, Gau Hannover, Bünde i. W., Göttingen, Gau Rheinland-Westfalen, Darmstadt, Eberstadt, Gießen-Wehlar, Grünstadt, Hanau, Gohla, Ilmenau, Schöps, Sonneberg, Burgstädt, Ebersbach-Neugersdorf, Großenhain, Sebnitz, Zwickau, Göttingen, Lahr, Trofingen, Ulm, Gau Nordbayern, Nürnberg-Fürth, Regensburg, Schweinfurt, Würzburg, Augsburg.

Storbefehl.

Im Monat Oktober sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- | | |
|---|--|
| Afkerleben: Meta Kimmel, Papierwarenarbeiterin, 22 Jahre, Blinddarmentzündung. | Leipzig: Hedwig Bestner, Buchbindereiarbeiterin, 54 Jahre, Magenleiden. |
| Berlin: Richard Hampe, Buchbinder, 46 Jahre, Magenkrebs. | — Dora Schlegel, Buchbindereiarbeiterin, 16 Jahre, Nierenleiden. |
| — Wanda Wegener, Galanteriewarenarbeiterin, 39 Jahre, Herzschlag. | — Berta Weber, Kartonnagenarbeiterin, 53 Jahre, Unglücksfall. |
| — Karl Fieble, Etuisarbeiter, 48 Jahre, Herzschlag. | — Therese Zimmermann, Invalidin, 74 Jahre, Magenleiden. |
| — Robert Neuhoff, Buchbinder-Invalide, 68 Jahre, Schlaganfall. | — Albin Kossar, Buchbinder, 65 Jahre, Krebs. |
| — Marta Eschiersche, Kartonnagenarbeiterin, 48 Jahre, Unterleibskrebs. | — Georg Krieger, Invalide, 69 Jahre, Herzschwäche. |
| — Wilhelm Krafft, Präger, 70 Jahre, Magenkrebs. | — Richard Luchsche, Buchbinder, 47 Jahre, Herz- und Leberleiden. |
| — Hildegard Starck, Buchbindereiarbeiterin, 35 Jahre, Gehirngeschwulst. | Nürnberg: Johann Netter, Buchbinder, 47 Jahre, Freitod. |
| Frankfurt a. d. Oder: Emil Witke, Packer, 58 Jahre, Herzschlag. | — Otto Ritter, Buchbinder, 46 Jahre, Herzschlag. |
| Grimma: Frieda Birkel, Heimarbeiterin, 28 Jahre, Lungentzündung. | Reichenbach i. V.: Charlotte Golditz, Kartonnagenarbeiterin, 23 Jahre, (Todesursache ?) |
| Halle: Charlotte Wittfad, Buchbindereiarbeiterin, 27 Jahre, Unterleibskrebs. | Reußlingen: Johannes Botteler, Presser, 53 Jahre, Herzleiden. |
| Hamburg: Mathilde Böds, Buchbindereiarbeiterin, 43 Jahre, Nierenleiden. | Würzburg: Babette Seubert, Buchbindereiarbeiterin, 29 Jahre, Unglücksfall. |

Allen ein ehrendes Andenken!